

Bau von Gaskraftwerken: Bankrotterklärung der Schweiz

geschrieben von Admin | 16. November 2021

Jahrzehntelang hat das Land den angemessenen Ausbau der Stromversorgung verpasst und verschlafen. Darum bleibt bald nur die schlechteste aller Varianten um zu verhindern, dass die Lichter ausgehen: Gas. Ein Kommentar.

von Alex Reichmuth

Es wird derzeit viel diskutiert über die Stromzukunft der Schweiz, und kurz zusammengefasst läuft alles darauf hinaus, dass das Land künftig Gaskraftwerke bauen muss. Denn erstens taugen die erneuerbaren Energien wie Wind- und Solarstrom nicht für eine zuverlässige Versorgung, was von Anfang an klar war. Zweitens gibt es nicht genügend Importmöglichkeiten, weil die Nachbarstaaten aller Voraussicht nach künftig selber zu wenig Strom haben. Und jetzt noch ein AKW zu planen, sofern ein solches überhaupt finanzierbar und durchsetzbar wäre, käme für die Stromlücke, die sich abzeichnet, wohl zu spät.

Gaskraftwerke schon in fünf bis sieben Jahren?

Christoph Brand, Chef des Energiekonzerns Axpo, hat kürzlich von zwei bis drei grossen Gaskraftwerken ab den 2040er-Jahren gesprochen. Der Bundesrat wiederum hat gemäss Energieministerin Simonetta Sommaruga der Eidgenössischen Elektrizitätskommission den Auftrag erteilt, ein Konzept für Gaskraftwerke zu erarbeiten, um eine allfällige Mangellage zu überbrücken. Die Taskforce «Elektrizität» der Gruppierung Kompass/Europa drängt gar darauf, schon in fünf bis sieben Jahren bis zu sechs Gaskraftwerke aufzustellen, um gegen Stromengpässe im Winter gewappnet zu sein.

Gaskraftwerke werden also eventuell schon in wenigen Jahren unverzichtbar sein. Sicher aber sind sie dann nötig, wenn die Schweiz ihre Atomkraftwerke abstellt oder abstellen muss.

Unsicher, unsauber und unschweizerisch

Mit Verlaub: Der absehbare Bau fossiler Kraftwerke ist eine Bankrotterklärung der Schweizer Energiepolitik. Denn diese Form der Stromerzeugung ist das Gegenteil von allem, was die Versorgung dieses Landes bislang ausgezeichnet hat. Gas ist unsicher, unsauber und unschweizerisch.

Mit dem Betrieb von Gaskraftwerken wäre die Schweiz dauerhaft auf

Lieferungen aus dem Ausland und damit womöglich auf die Gnade Putins angewiesen.

Die aktuelle internationale Energiekrise macht die Nachteile von Gas gerade in allen Schattierungen klar: Der Nachschub stockt, die Abhängigkeiten steigen und die Preise explodieren. Mit dem Betrieb von Gaskraftwerken wäre die Schweiz dauerhaft auf Lieferungen aus dem Ausland und damit womöglich auf die Gnade Putins angewiesen. Bei Gasimporten würde das Land genauso erpressbar wie bei Stromimporten. Zudem wären Gaskraftwerke nur mit hohen Subventionen zu betreiben. Kompass/Europa spricht von jährlich 400 Millionen Franken, um die Versorgungslücken zu stopfen. Bei weiter steigenden Gaspreisen könnte der Betrag auch noch höher ausfallen.

Ein Schildbürgerstreich der Extraklasse

Und vor allem würden die Gaskraftwerke eine Unmenge an Klimagasen ausstossen. Dabei ist die Schweizer Stromversorgung bisher weitgehend CO₂-frei. Man muss sich das einmal vorstellen: Da wechselt das Land auf Elektroverkehr und Elektroheizungen, um von fossilen Brennstoffen wegzukommen – und der dazu nötige Strom wird wieder mit fossilem Gas produziert. Es wäre ein Schildbürgerstreich der Extraklasse.

Zwar gibt es Beschwörungen, man könne Gaskraftwerke künftig auch CO₂-neutral betreiben, etwa mit Wasserstoff oder grün produziertem E-Kraftstoff. Wer's glaubt! Die Kosten dafür dürften jedenfalls horrend sein.

Das Stichwort zur missratenen Strompolitik: Kaiseraugst

Die Schweiz hat sich weitgehend selbstverschuldet in diese Zwangslage hineinmanövriert. Nach dem Unfall von Fukushima 2011 ist das Land den Strommärkten der profilierungssüchtigen CVP-Bundesrätin Doris Leuthard aufgesessen, die davon handelten, dass man auf die Atomkraft verzichten und die Lücke mit erneuerbarer Energie (und Stromimporten) decken könne. Das ernüchternde Resultat: Zehn Jahre lang wurde praktisch nichts für die Stromzukunft unternommen, so dass die Mangellage inzwischen bedrohlich nahe gerückt ist.

Die Leistung unserer Vorfahren im letzten Jahrhundert bestand darin, dass sie für eine sichere, saubere und schweizerische Stromversorgung gesorgt haben.

Doch die Misere in der Strompolitik hat schon lange vor Fukushima begonnen. Schon seit Jahrzehnten hat die Schweiz kaum mehr in den angemessenen Ausbau der Eigenversorgung investiert. Das Stichwort dazu heisst: Kaiseraugst.

Das notwendige AKW wurde quasi in Frankreich gebaut

Die Leistung unserer Vorfahren im letzten Jahrhundert bestand darin,

dass sie für eine sichere, saubere und schweizerische Stromversorgung gesorgt haben. Zuerst errichteten sie in den Alpen eine Vielzahl von Stauseen, später stellten sie eine Reihe von Atomkraftwerken auf.

In den 1980er-Jahren war jedoch Schluss damit. Das AKW Kaiseraugst konnte nicht mehr gebaut werden. Nach dem Atomunfall in Tschernobyl war das Projekt wegen des immer stärkeren Widerstands am Ende. Wer damals aber auf die drohende Stromlücke aufmerksam machte, wurde verhöhnt und verlacht.

Doch die Schweiz benötigte dennoch mehr Elektrizität. Darum beteiligte sich die Stromwirtschaft an den französischen AKW Fessenheim, Cattenom und Bugey – und vereinbarte fixe Abnahmeverträge. Statt in Kaiseraugst wurde das notwendige Atomkraftwerk sozusagen im Ausland gebaut.

Jahrelange Anti-AKW-Gehirnwäsche

1990 beschloss das Volk, verunsichert durch eine jahrelange Anti-AKW-Gehirnwäsche in den Medien, ein zehnjähriges Bau- und Planungsmoratorium für Atomkraft. Nach Ablauf des Moratoriums gab es zaghafte Versuche, wenigstens den Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke an die Hand zu leiten.

Die Schweiz steht heute da – ohne AKW Kaiseraugst, ohne Stromgarantien aus Frankreich und mit einem Atom-Neubauverbot im Gesetz.

Doch dann kam Fukushima – ein «AKW-Katastrophe» mit null Toten –, und innert Tagen sistierte der Bund die Rahmenbewilligungsgesuche für Ersatzkraftwerke in Beznau, Mühleberg und Gösgen. Ende 2017 liefen die Abnahmeverträge mit den französischen AKW aus – was für die hiesige Stromwirtschaft anfänglich eine Erlösung war, denn sie konnte sich dannzumal viel billiger auf dem freien Markt eindecken.

Den Ausbau der Stromversorgung verschlafen

Doch mittlerweile ist die Import-Euphorie verflogen. Und Doris Leuthards Energiewende ist faktisch gescheitert. Die Schweiz steht da – ohne AKW Kaiseraugst, ohne Stromgarantien aus Frankreich und mit einem Atom-Neubauverbot im Gesetz. Und allmählich merkt das Land, dass es den Ausbau der eigenen Stromversorgung längst verschlafen hat.

Der Beitrag erschien zuerst im Schweizer Nebelspalter hier.